

Antrag

der Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb und Klubobmann Dominik Oberhofer betreffend:

„Mobilitätsbeauftragte für neu geschaffene Mobilitätsregionen in Tirol“

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Abteilung Verkehrsplanung zu beauftragen, das Bundesland Tirol in verschiedene Mobilitätsregionen einzuteilen und diese in weiterer Folge mit Mobilitätsbeauftragten zu besetzen. Die neu besetzten Mobilitätsbeauftragten sollen eng mit dem bestellten Mobilitätskoordinator für Tirol zusammenarbeiten.“

Zuweisungsvorschlag: **Ausschuss für Wohnen und Verkehr**, Finanzausschuss

Begründung:

Im Jahr 2008 startete das Land Tirol den Schwerpunkt zur Stärkung umweltfreundlicher Mobilität. Nach Vornahme einer Mobilitätserhebung 2011 wurde das Tiroler Mobilitätsprogramm 2013 - 2020 beschlossen. Man verfolgte das Ziel, den Anteil des öffentlichen Verkehrs landesweit zu erhöhen und auch ein landesweites Radkonzept zu erstellen. Als Projektleiter wurde ein Mobilitätskoordinator für Tirol ernannt, dessen Bestellung bis 31.12.2020 vorgenommen wurde.

Mittlerweile muss man feststellen, dass die gesetzten Ziele nur bedingt erreicht wurden. Planungsverbände setzen nun Veranlassungen, selbst Mobilitätsbeauf-

tragte für ihre Region zu installieren (zum Beispiel Region KUUSK, Region Ötztal und Region Imst).

Teilweise werden diese Projekte direkt von den Planungsverbänden, also den Gemeinden, unter Unterstützung der Tourismusverbände, finanziert, teilweise erfolgt eine Abwicklung über Förderstellen des Landes im Zusammenhang mit EU-Förder-Programmen.

Unserer Ansicht nach, gehen die Bemühungen allesamt in die richtige Richtung, allerdings erscheint es für uns zielführend, dass die regionale/überregionale Mobilitätsplanung und Mobilitätsentwicklung landesweit koordiniert organisiert wird. Es soll nicht so sein, dass jede Region eigenständig Planungen entwickelt und dadurch das Gesamtziel, den öffentlichen Verkehr in Tirol nachhaltig und wirtschaftlich sinnvoll auszubauen, schwerer erreicht werden kann.

Letztlich bedarf das Thema Mobilität unserer Meinung nach einen wesentlichen Mehr-Einsatz an Mitteln, welche durch entsprechende Budgetumschichtungen ermöglicht werden sollten. Dem Thema Mobilität kommt eine derart gewichtige Bedeutung zu, dass auch die finanziellen Mittel für die regionale Planung direkt vom Land organisiert und nicht von den Gemeinden über befristete und verwaltungstechnisch aufwändige Projekte getragen werden sollen.



Innsbruck, am 14. November 2019